

**Rede Gerd Will**

**Plenum 08. September 2010**

**Landesvermögen erhalten - Verkehrssicherheit  
gewährleisten: Landesstraßennetz zügig sanieren  
- Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2462 -  
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft,  
Arbeit und Verkehr - Drs. 16/2760**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Über ein Jahr lang hat sich die SPD-Landtagsfraktion durch ihren Wettbewerb um die schlechteste Landesstraße für den Erhalt und die Sanierung stark beschädigter Landesstraßen eingesetzt. Nach eigenen Angaben des Wirtschaftsministeriums sind inzwischen 90 % der Landesstraßen geschädigt und über 40 % stark geschädigt, also in einem bedauernswerten Zustand. Der Landesrechnungshof spricht von einem Vermögensverzehr von über 100 Millionen Euro innerhalb von fünf Jahren. Sie haben in dieser Zeit den Ansatz für die Landesstraßen im Landeshaushalt auf den niedrigsten Stand der Landesgeschichte, auf ca. 35 Millionen Euro im Jahr 2005, reduziert. Dabei geht der Landesrechnungshof von einem nachhaltigen Ansatz von ca. 70 Millionen Euro aus, um den Standard der Landesstraßen in funktionsfähigem Zustand zu erhalten.

Meine Damen und Herren, neun besonders schlimme Beispiele haben wir Ihnen in unserem Entschließungsantrag genannt mit dem Ziel, sie vorrangig zu sanieren. Diese Straßen finden wir leider quer durch ganz Niedersachsen. Das heißt, die Funktionsfähigkeit des Landesstraßennetzes wird von der Landesregierung infrage gestellt und sträflich vernachlässigt. Sie haben zwar den Etat für Landesstraßen in diesem Jahr auf 73,5 Millionen Euro erhöht, aber schon allein die Behebung der großen Winterschäden hat einen Großteil des Geldes verbraucht. Derzeit sind auf der Internetseite des MW ganze fünf Landesstraßen benannt, die saniert werden. Die meisten der neun von uns genannten Landesstraßen warten jedoch noch immer. Herr Minister, stattdessen sind Sie Meister im Aufstellen von Geschwindigkeitsbeschränkungen mit Tempo 70, Tempo 50 und in besonders geschädigten Abschnitten auch schon einmal mit Tempo 30 - und das an Landesstraßen! Insbesondere in Ortsdurchfahrten wird an den Landesstraßen die Instandhaltung von Ihnen sträflich vernachlässigt, sodass die Wohnbevölkerung noch besonders zu leiden hat, ganz zu schweigen von der Verkehrssicherheit bei öffentlichen Einrichtungen wie z. B. Schulen und Kindertagesstätten. Wenn gar nichts mehr hilft, wird eben die Landesstraße für den Schwerlastverkehr durch eine Tonnagebegrenzung gesperrt, was wir an vielen Stellen immer wieder erleben. Im Übrigen nimmt die Landesregierung damit billigend in Kauf, dass Kreis- und Gemeindestraßen als Ausweichstraßen genutzt werden und durch den Schwerlastverkehr ebenfalls schneller reparaturbedürftig werden. Es ist fraglich, ob die für 2010 eingestellten Mittel am Ende auch komplett für die Sanierung von Landesstraßen und Radwegen eingesetzt werden. Das ist ja nicht immer so. Im Haushalt 2009 haben Sie ausweislich Ihrer eigenen Aufstellung über 2 Millionen Euro des Titels „Beseitigung von Unfallschäden an Landesstraßen“ zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe missbraucht. Oder wollen Sie hier tatsächlich erklären, dass die Mittel nicht bestimmungsgemäß hätten eingesetzt werden können? Die Beratungsresistenz wird besonders am neuen Haushaltsentwurf für das Jahr 2011 deutlich. Diesmal sieht die Landesregierung nur noch 61 Millionen Euro für die Landesstraßen vor, wohl wissend, dass unter normalen Umständen dieser Betrag nicht ausreichend wäre, um die Qualität der Landesstraßen zu sichern und Vermögen zu erhalten. Angesichts des erheblichen Nachholbedarfs reichen diese Mittel überhaupt nicht. Sie nehmen somit einen erheblichen Substanzverzehr bei den Landesstraßen in Kauf. Vergessen wir auch nicht, dass der Zustand der Landesstraßen in Niedersachsen nicht nur unter zu geringen Haushaltsmitteln leidet. Er leidet auch unter erheblichen Stellenstreichungen bei der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr. Gleichzeitig ist die Behörde mit zusätzlichen Aufgaben

ausgestattet worden. Bei gleichbleibenden Aufgaben ist der Bereich der Landesstraßenwärter im Rahmen der sogenannten Zielvereinbarung II mit der Verpflichtung zum Abbau von 329 Stellen belegt worden. Meine Damen und Herren, Landesstraßen, Radwege und Fachpersonal in den zuständigen Landesbehörden sind bei dieser Landesregierung in denkbar schlechten Händen. Auch hier vernichten Sie durch Unterlassen Landesvermögen. Daseinsvorsorge und Verkehrssicherheit werden von Ihnen sträflich vernachlässigt. Kehren Sie um! Der Handlungsbedarf wird immer größer.